



**CDU-Fraktion im Rat der
Stadt Hallenberg**

CDU-Fraktion – Feldbergweg 16 – 59969 Hallenberg

Joachim Huft
Fraktionsvorsitzender

Mobil: +4915115168999

Datum: 08.02.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren

Vor rd. 12 Monaten, genau am 24. Februar 2022 begann der brutale Angriffskrieg durch Russland auf die Ukraine. Der Krieg mitten in Europa schließt sich nahtlos an die Corona Pandemie an, die uns und unser Gesundheitssystem immer noch punktuell belastet.

Unsere Wälder befinden sich seit 2018 im Klimastress. Trockenheit und Hitze setzen den Bäumen zu, der Borkenkäfer findet optimale Bedingungen vor. Keiner weiß ob der Wald, so wie wir ihn kennen, noch zu retten ist.

Mit Beginn des Ukraine Krieges, ereilte uns auch sehr schnell die Energiekrise. Die Preisspirale für die Energieträger wie Gas, Öl und Strom drehte sich täglich nur in eine Richtung. Die Verbraucherpreise stiegen in 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 7,9 % und stellen somit die größte Geldentwertung im wiedervereinigten Deutschland dar.

Haben wir uns im Jahr 2021 ausschließlich mit dem Thema Corona beschäftigt, so dominieren heute Schlagworte wie "Ukraine-Krieg", "Flüchtlinge", "Inflation", "Klimawandel" oder

“Gasmangellage”. Seit Beginn der Pandemie im März 2020 befinden wir uns im permanenten Krisenmodus. Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und die Folgen des Klimawandels gefährden den Wohlstand und die wirtschaftliche Entwicklung auch hier in Hallenberg.

Die Ampelkoalition mit Bundeskanzler Scholz an der Spitze verkündet eine Zeitenwende. Unser Verteidigungssystem soll mit 100 Milliarden Euro gestützt werden, das ist der erste “Wums”

Eine Energiepauschale wurde erfunden und an alle Beschäftigten ausgezahlt. Rentner und Studenten wurden erst vergessen, aber das wurde dann im Dezember nachgeholt.

Eine Gasumlage wurde angekündigt, doch kurz vor der Einführung hat man das ganze wieder gestoppt.

Es wird eine Gaspreisbremse verkündet.

Der Kanzler kündigt den “Doppel-Wums” an und stellt aus einem Sondervermögen weitere 200 Milliarden Euro in Aussicht.

Das Ziel:

Bürgerinnen und Bürger sollen in dieser Zeit unterstützt, Energiekosten gedämpft und Arbeitsplätze gesichert werden. Für die sogenannte Dezember-Soforthilfe hat der Bund bisher 4,3 Milliarden Euro zur Entlastung von Gas- und Fernwärmekunden ausgegeben.

In unserer ländlichen Region, wo die Gas- und Fernwärme Infrastruktur nur schlecht erschlossen ist, kommt davon nur wenig an. Ein nicht zu vernachlässigender Teil der Gebäude in unserem Stadtgebiet ist leider immer noch auf Heizöl, Pellets oder Flüssiggas angewiesen. Leider gibt es, außer einer vagen Ankündigung, hierfür bisher keine Unterstützung der Energiekosten.

Der Streit in der Ampelkoalition über die Laufzeitverlängerung

der verbleibenden 3 AKW'S führte dazu, dass der Bundeskanzler ein Machtwort sprechen musste. Die Debatte über die Laufzeitverlängerung wurde leider vom Grünen Koalitionspartner rein ideologisch geführt.

Um den Koalitionsfrieden zu bewahren, kam man zu einem Kompromiss. Am 15. April dieses Jahr ist nun endgültig Schluss mit der Kernkraft in Deutschland.

Die Bundesregierung schaltet weitgehend CO2-neutrale Kernkraftwerke ab und bringt CO2-intensive Kohlekraftwerke zurück ans Netz.

Zum 1. Mai diesen Jahres wird das 49 € Ticket eingeführt. Im Grundsatz eine gute Sache, aber nur im urbanen Raum. Wir zweifeln an einer deutlichen Kostenentlastung für die Mobilität im ländlichen Raum, da der ÖPNV hier vor Ort nur unzureichend Anreiz bietet, auf das 49 € Ticket umzusteigen.

Der Ausbau von erneuerbaren Energien wird auch an uns in Hallenberg nicht spurlos vorübergehen. Wir haben bereits eine Photovoltaik-Freifläche von 5,2 ha städtischem Grundstück für eine sehr große PV-Anlage zur Verfügung gestellt und hoffen, dass in diesem Jahr die Inbetriebnahme erfolgen kann. Weitere Investitionen in Photovoltaik auf städtischen Gebäuden bzw. Liegenschaften sind im Haushaltsplan 2023 geplant. Hier ist insbesondere zu erwähnen, dass die Stromversorgung des Wasserwerks auf eine erneuerbare Energieversorgung umgestellt wird, um unter anderem auch bei einem Stromausfall die Pumpen zu betreiben und die Versorgung mit Trinkwasser zu gewährleisten.

Mehrheitlich hat sich die Bevölkerung von Hallenberg gegen Windkraft ausgesprochen. Die Bürgerinitiative "Verein für Umwelt- und Naturschutz Nuhnetal" wehrt sich aktiv gegen den Zubau von Windrädern.

Aber der Ausbau von Windenergie hier vor Ort wird nicht aufzuhalten sein. Wir können dem Druck nicht standhalten und müssen uns intensiv mit dem Thema auseinandersetzen.

Das "Wind an Land Gesetz" und eine neue Regelung für den beschleunigten Ausbau von Windenergie, die noch im Bundestag verabschiedet werden muss, wird uns in diesem Jahr sicherlich noch häufiger beschäftigen.

Die vom Wirtschaftsminister eingebrachte Regelung für einen beschleunigten Ausbau der Windenergie besagt, dass Prüfungen auf Umweltverträglichkeit und artenschutzrechtliche Prüfungen dann für einzelne Anlagen entfallen können.

Der LEP und die Regionalpläne sollen bis spätestens zum Sommer dieses Jahr überarbeitet werden. 1,8% der Landesfläche werden für WKA zur Verfügung gestellt.

Keiner weiß bis heute, wie Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete oder das geplante Naturschutzgroßprojekt hierbei Berücksichtigung finden.

Im Koalitionsvertrag der NRW Landesregierung haben CDU und Grüne festgelegt, dass zukünftig nicht mehr die Kommunen für das Genehmigungsverfahren zuständig sind, sondern Bezirksregierungen werden auch die Genehmigungsbehörden für Windenergieanlagen in NRW sein.

Seit letzter Woche sind die Kommunen wieder im Spiel. Bei den Bezirksregierungen werden Stellen aufgebaut, um die Kommunen zu unterstützen.

Alles ist im Fluss, was gestern noch verkündet wurde, ist heute schon wieder ausgehebelt und nicht mehr aktuell.

Wie sollen wir da auf der unteren Ebene hier vor Ort sichere Entscheidungen treffen.

Unser Ziel ist und bleibt es, zusammen mit allen Nachbarkommunen, auch mit denen auf hessischer Seite, eine

gemeinsame Lösung zu finden, wo nach Möglichkeit auf städtischen Grund und Boden Windkraftzonen ausgewiesen werden, damit nicht jeder jedem ein Windrad an die Ortsgrenze setzt und wir von Windrädern umzingelt sind. Ebenso verfolgen wir das Ziel einer Bürgerbeteiligung an den Erträgen der Anlagen, um die Bürger hier vor Ort durch sichere und kostengünstige Stromversorgung an der Wertschöpfung zu beteiligen und somit vielleicht die notwendige Akzeptanz für den Bau der Anlagen zu erreichen.

Lassen Sie mich nun zum eigentlichen Haushalt kommen.

Zunächst einmal stellen wir fest, dass im Ergebnisplan der Haushaltssatzung 2023 ein positives Ergebnis in Höhe von rd. 761 k€ zu verzeichnen ist und damit der Haushalt im Ergebnis ausgeglichen ist.

Dieser Ausgleich kann allerdings nur erzielt werden, weil uns die Landesregierung vorschreibt, die Belastungen durch COVID und den Ukraine Krieg zu isolieren.

Das heißt, wir haben rd. 2 Mio EUR bei den außerordentlichen Erträgen gebucht, die uns aber als Liquidität nicht mehr zur Verfügung stehen. In 2025 müssen wir uns entscheiden, ob wir diesen Posten 50 Jahre lang abschreiben oder durch einen Griff in die allgemeine Rücklage ausgleichen.

Durch die erheblichen Kalamitäten im Kommunalwald wurde die allgemeine Rücklage bereits im Jahr 2020 um rd. 3,1 Mio EUR reduziert. In den Jahren 2021 und 2022 wurden keine Veränderungen vorgenommen, obwohl sich die Wertverluste im Kommunalwald ungebremst fortsetzen.

Das ganze Ausmaß werden wir in 2024 sehen, wenn die Forstbetriebseinrichtung (Inventur) durchgeführt werden muss. Wir gehen davon aus, dass die allgemeine Rücklage dann deutlich abschmelzen wird und dazu kommt dann noch der Ausgleich durch die Isolierung.

Wichtig für die Steuerzahler:

Die Hebesätze für Grundsteuer A und B sowie der Hebesatz für die Gewerbesteuer bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Allerdings mussten wir aufgrund der deutlich angestiegenen Stromkosten bereits in der Dezembersitzung eine Gebührenanpassung bei Wasser und Abwasser verabschieden.

Ebenso haben wir in der Sitzung eine Anpassung der Abfallbeseitigungskosten beschlossen, dies war ebenfalls wegen der gestiegenen Dieselposten durch die Abfuhr unvermeidlich.

Trotz gestiegener Kosten durch Energie, Materialpreisssteigerung oder Handwerkerangel, für alle laufenden und geplanten Vorhaben, bleibt uns erfreulicherweise doch noch etwas Gestaltungsspielraum, um nachfolgende Vorhaben zu Ende zu bringen oder neu zu beginnen.

Die Vorhaben größer 100 k€ sind:

- Energetische Sanierung der Schulturnhalle 900 k€ aus VJ
- Ortsdurchfahrt Hesborn 690 k€ aus VJ
- Straßenneubau Schlade Hallenberg 600 k€
- Umbau Feuerwehrhaus Hesborn 500 k€ aus VJ
- Mehrgenerationenspielplatz Liesen 175 k€
- Multifunktionsgebäude Hesborn 150 k€ aus VJ

Bei aller Euphorie, dass der Haushalt ausgeglichen ist, dürfen wir aber nicht übersehen, dass unseren Haushalt viele Maßnahmen belasten, die wir heute noch nicht finanziell abschätzen können. So erinnere ich an die hohen Wasserverluste im Naturbad, für die noch keine Lösung in Sicht ist.

Hiervon wird sicherlich auch die Entscheidung über ein neues Dach am Naturbad abhängig gemacht werden.

Auch im Hallenbad ist wieder Instandsetzungsbedarf. Im Keller des Hallenbades tritt an diversen Stellen Wasser aus, dessen Ursache noch ungeklärt ist.

Die Instandhaltungsmaßnahmen an Grundstücken, baulichen Anlagen und Infrastrukturvermögen sind mit rd. 1,85 Mio EUR geplant. Schwerpunkt hierbei sind die Instandsetzung von Straßen und Wegen mit rd. 600 k€, der städtische Forst mit rd. 530 k€ und die talseitige Rinne an der B236 Ortsdurchfahrt Hallenberg mit 370 k€, hierfür erfolgt eine Erstattung durch den Landesbetrieb Straßen NRW.

Hoffen wir, dass es im Baugewerbe nicht zu weiteren Preisrunden kommen wird und wir die geplanten Maßnahmen auch realisieren können.

Die geplanten Personalaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 176 k€ (7,6%) erhöht, hierbei ist eine Tarifierhöhung von 4% in 2023 geplant.

Wir haben aber alle mitbekommen, dass der öffentliche Dienst Forderungen von 10,5% stellt.

Bei der aktuellen Inflationsrate ist das sicherlich legitim. Bleibt nur zu hoffen, dass eine für beide Seiten verträgliche Einigung getroffen wird.

Zum Schluss möchte ich mich im Namen der gesamten Fraktion bei der Verwaltung, insbesondere bei unserem Kämmerer Hans Georg Mettken und seinem Team bedanken, dass sie das Zahlenwerk zusammengetragen und verständlich aufbereitet haben.

Lasst uns positiv denken und mit Mut in die Zukunft gehen, um auch in den nächsten Jahren die auf uns einprasselnden Krisen zu meistern.

Wir von der CDU-Fraktion werden dem Haushalt 2023 mit den aus der Haupt- und Finanzausschusssitzung aktualisierten Änderungen, der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung sowie dem Stellenplan in der vorliegenden Form zustimmen!

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.